

**Runder Tisch Friedensbewegung der Fraktion DIE LINKE
Deutscher Bundestag, 9. September 2022**

MdB Andrej Hunko

Zur Frage der Verhandlungsbereitschaft mit Russland

Nach einer Umfrage von Forsa Ende August 2022 befürworteten 77% der Menschen in Deutschland, „dass der Westen in der jetzigen Phase konkrete Bemühungen unternehmen sollte, um Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges einzuleiten“.

Schritte in eine solche Richtung seitens der Bundesregierung sind für mich nicht wahrnehmbar, dazu einige Beispiele:

Die am weitesten fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine gab es Ende März auf Initiative der Türkei in Istanbul, entlang eines 15-Punkte-Plans, auf den sich vorläufig geeinigt wurde. Parallel zu diesen Treffen fanden in Brüssel G7-, NATO- und EU-Ratsgipfel-Treffen statt. Am folgenden Tag nahm ich als europapolitischer Sprecher an einer telefonischen Unterrichtung der Bundesregierung teil, wie sie nach Ratsgipfeln üblich sind. Auf meine Frage, inwieweit diese gerade laufenden Verhandlungen Gegenstand der Beratungen der EU-Staats- und Regierungschefs waren, war die Antwort: Das war kein Thema. Mehr noch: Auf die Frage, ob der ukrainische Präsident Selenskyj, der per Video zum Gipfel zugeschaltet wurde, zum Stand der Verhandlungen informiert oder befragt wurde, war die Antwort ebenfalls: Nein. Während also reale Verhandlungen stattfanden, zeigten die EU-Staats- und Regierungschefs und mutmaßlich die G7- und NATO-Staaten keinerlei Interesse daran. Die Verhandlungen wurden dann im April abgebrochen.

Anfang Juli hatte ich ein Gespräch mit dem Staatssekretär des Wirtschafts- und Energieministeriums, Dr. Graichen. Das war kurz bevor die zehntägigen Wartungsarbeiten an der Gaspipeline Nord Stream 1 stattfanden und darüber spekuliert wurde, ob der Hahn nach diesen zehn Tagen wieder aufgedreht wird – oder nicht. Ich fragte, welche Gesprächskanäle es seitens des Ministeriums zumindest auf Arbeitsebene gäbe, um hier zu einer soliden Einschätzung oder gegebenenfalls zu einer Vereinbarung zu kommen. Antwort: Es gibt keine Gesprächskanäle auf politischer Ebene. Das Einzige, was es gäbe, wären Kontakte zwischen Uniper und Gazprom. Das bedeutet: In dieser für die deutsche Wirtschaft existentiellen Frage gibt es seitens zu zuständigen Ministeriums nicht einmal ein diplomatisches Minimum.

Das wichtigste Verhandlungsergebnis seit Beginn dieses schrecklichen Krieges ist das Getreideabkommen unter Vermittlung (ausgerechnet) der Türkei und der UNO, das am 22. Juli in Istanbul unterzeichnet wurde und zweifellos zur Linderung der durch den Krieg und die Sanktionen ausgelösten weltweiten Hungerkrise führt. An dieser Vermittlung, die sicher auch dadurch möglich wurde, dass die Türkei sich nicht am Wirtschaftskrieg beteiligt, war kein einziger EU-Staat beteiligt. Durch die Waffenlieferungen und durch den immer weiter eskalierenden Wirtschaftskrieg hat sich die EU, ebenso wie Deutschland, aktuell in eine Situation gebracht, in der sie als potentiell konstruktiv-vermittelnder Akteur ausfällt.

Es kommt jetzt darauf an, diesen Eskalationsweg zu verlassen und darauf hinzuarbeiten, dass, wie es in der Umfrage heißt, „Verhandlungen über eine Beendigung“ des Krieges möglich werden.